



Physische Gewalt und Herrschaftslegitimation im Spätsozialismus

Internationales Forschungs- und Vernetzungsprojekt

Gefördert von der Leibniz-Gemeinschaft aus Mitteln des Paktes für Forschung und Innovation im Rahmen des SAW-Exzellenzwettbewerbs.

Gewalt als Indikator gesellschaftlichen Wandels

Ziel des Projektes ist es, die Rolle physischer Gewalt und ihrer Legitimation und Delegitimation als Indikator für die Desintegration der staatssozialistischen Systeme in Osteuropa zu analysieren. Ausgangspunkt dieser Analyse ist die Spannung zwischen dem radikal-utopischen Selbstverständnis und der extrem gewalttätigen Herrschaftspraxis des Stalinismus bis 1956 und dem überwiegend gewaltlosen Zerfall der kommunistischen Herrschaft Ende der achtziger Jahre. Damit stellt sich die Frage nach dem Wandel der Ausübung und Kontrolle von Gewalt in der zweiten Phase des Kommunismus als einer der drei großen politischen Herrschaftsordnungen Europas des zwanzigsten Jahrhunderts. Mit dem Fokus auf die sich wandelnden Praktiken und Wahrnehmungen von Gewalt fragt das Projekt nach den langfristigen gesellschaftlichen wie mental-kulturellen Voraussetzungen des Zusammenbruchs des europäischen Kommunismus seit den 1960er Jahren.

Während die repressive Gewaltanwendung einen wesentlichen Bestandteil des Stalinschen Utopieprojektes bildete, lässt in der Folgezeit die Ausübung und Kontrolle von Gewalt durch den Parteistaat zunehmende Legitimationsschwierigkeiten erkennen, die zur schrittweisen Rücknahme und gewandelten Definitionen von Gewalt führten und den finalen Zusammenbruch der Regime mit ermöglicht haben. Gerade die Untersuchung von Gewalt und ihrer Kontrolle durch den Parteistaat bieten sich als Indikatoren dieser Delegitimierungsprozesse an: denn die post-stalinistische Ordnung scheiterte gerade daran, so die Hypothese, dass sie die Legitimität ihres Gewaltmonopols jenseits der bloßen Sicherung der politischen Vorherrschaft erweisen musste.

Ziel ist es ferner, anhand einer Untersuchung der Gewalt im Staatsozialismus sowjetischen Typs Forschungsfragen zu entwickeln, die eine integrale Geschichte der Herrschaftslegitimation im spätindustriellen Europa ermöglichen. Somit beleuchtet das Projekt aus einem neuen Blickwinkel eine der Grundfragen der Moderne, nämlich jene des *Gewaltmonopols*, auf dem – in der Weberschen Denktradition – die neuzeitliche Staatlichkeit gründet. Demnach beruhen alle Herrschaftsordnungen auf „legitimer Gewalt“, d.h. jener, die dauerhaft als legitim angesehen wird. Die kommunistischen Parteidiktaturen zeichneten sich dadurch aus, dass der Anspruch auf die Legitimität der Staatsgewalt – im Unterschied zur liberalen Ordnung – nicht in Bezug auf die Respektierung subjektiver Rechte der Bürger oder das Einhalten normierter Verfahren, sondern mit der universalen Zielvision einer klassenlosen Gesellschaft begründet wurde.

Mit der Konzentration auf *physische Gewalt* orientiert sich das Projekt an der neueren interdisziplinären Gewaltforschung: Gewalt wird als Intervention in die Integrität des Körpers anderer Menschen (und ihre Androhung) verstanden. Damit wird die analytische Schärfe des Begriffs beibehalten, die bei Einbeziehung weiterer Merkmale (strukturelle, institutionelle, symbolische,

psychische, materielle Gewalt) verloren geht. Des Weiteren stehen weniger die indirekten „Ursachen“ der Gewalt im Vordergrund, sondern vielmehr die eigentlichen Praktiken, Erfahrungen und Repräsentationen körperlicher Gewalt, die in die institutionellen und diskursiven Zusammenhänge eingebettet werden: Gewalt ist nicht nur als soziale Praxis, sondern auch als diskursiv hergestellt zu betrachten.

Mit dieser Begriffsdefinition geht das Projekt über die klassischen totalitarismustheoretischen Ansätze hinaus, die Gewalt in den Mittelpunkt der Analyse gestellt haben, sie aber eher als eine pathologische Erscheinung begreifen, die der „verbrecherischen Natur“ der kommunistischen Diktatur entsprach. Dieser Gewaltbegriff ermöglicht die Anwendung eines breiten Methodenspektrums, das von mikrohistorischer Alltagsgeschichte hin zur Diskursanalyse und intellectual history. Geplant sind Untersuchungen zu fünf Themenfeldern:

- *Physische Gewalt im politischen Denken*
- *Kriegsgewalt in medialen Repräsentationen und der Erinnerungskultur*
- *Die Zonen des staatlichen Gewaltmonopols*
- *Gewalt in gesellschaftlichen Beziehungen*
- *Kollektive Gewalt im öffentlichen Raum*

Advisory Board

Martin Sabrow (Potsdam), Jörg Baberowski (Berlin), Hannes Grandits (Berlin), Ulf Brunnbauer (Regensburg), Sandrine Kott (Genf), Claudia Kraft (Erfurt), Thomas Lindenberger (Wien), Alf Lüdtko (Erfurt), Alexei Yurchak (Berkeley).

Forschungsnetzwerk

Den Kern des neuen Vorhabens bildet ein Netzwerk von Kooperationsinstituten, die mit Project Fellows vertreten sind:

Jan C. Behrends (Projektleitung, *Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam - ZZF*): Gebrochene Helden. Die „Afgancy“, die sowjetische Gewaltkultur und das Ende des Imperiums

Pavel Kolář (*European University Institute Florence*): Todesstrafe und der spätsozialistische Staat

Jens Gieseke (ZZF): Staatliche Gewaltpraxen in der Ära der Entspannung am Beispiel DDR

Péter Apor (*Pasts. Inc., Centre for Historical Studies, CEU Budapest*): Gewalt, Zwang und Disziplinierung: Körperpraktiken der Biomacht in den Schulen im Spätsozialismus;

Rasa Balockaite (*Institut für soziale und politische Theorie, Universität Kaunas*): Die mimetische Klasse: Politische Transmission der legitimen Gewalt und die self-governance der Beherrschten im spätsozialistischen Litauen (Beispiel Sowjetmiliz);

Muriel Blaive (*LBI für europäische Geschichte und Öffentlichkeit Wien*): Macht und Gewalt über den weiblichen Körper in der spätsozialistischen Tschechoslowakei und in Frankreich;

Barbara Klich-Kluczewska (*Institut für Geschichte, Universität Krakau*): Häusliche Gewalt und staatliche Regulierung im späten Volkspolen;

Michal Kopeček (*Institut für Zeitgeschichte Prag*): Gewalt und die Definitionskonkurrenz der Deutungseliten im Spät- und Postsozialismus;

Călin Morar-Vulcu (*Institut für Oral History, Universität Cluj-Napoca*): Offizielle und alltägliche Repräsentationen der Gewalt in Ceaușescus Rumänien;

Michal Pullmann (*Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Karls-Universität Prag*): Technokratie und Regulierung der Gewalt (Tschechoslowakei und Sowjetunion);

Sabine Rutar (*Südost-Institut Regensburg*): Arbeitsbeziehungen, Sozialprotest und Gewalt in den Werften diesseits und jenseits der italienisch-jugoslawischen Grenze;

Radina Vučetić (*Lehrstuhl für Allgemeine Zeitgeschichte, Universität Belgrad*): Vietnamkrieg, Studentenbewegung und staatliche Gewalt in Jugoslawien in transatlantischer Perspektive;

Doktorandengruppe

Das zweite Standbein des Projektes bildet eine am ZZF angesiedelte Doktorandengruppe, deren Mitglieder zu vier Themen aus den Untersuchungsfeldern promovieren:

Matěj Kotalík: Herrschaftslegitimation durch Stigmatisierung von Gegnern. Der Transfer des sowjetischen Begriffs „chuliganstvo“ in die staatssozialistischen Diktaturen der ČSR/ ČSSR und SBZ/DDR von 1945 bis 1989 im Vergleich

Robert Lučić: 'Arbeit am Krieg'. Der Zerfall des sozialistischen Jugoslawien aus der Perspektive der Soldaten der Jugoslawischen Volksarmee im Ostslawonienfeldzug 1991

Alena Maklak: Making Sense of dedovshchina in the late Soviet History

Jennifer Rasell: Silent suffering: Physical violence towards children under state socialism in GDR and Hungary